



Österreichische Gesellschaft für **Politikberatung und Politikentwicklung**

---

# **Armut von Frauen in Kärnten**

Aktualisierte 2. Auflage

**Dr. Andreas Höferl**  
Wien, Mai 2006

---

## INHALT:

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“ .....	3
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armut und Armutsgefährdung.....	4
Auch Selbständige sind vor Armut nicht geschützt .....	6
Bildung verringert das Armutsrisiko .....	7
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut.....	7
Ein Fünftel der Kärntner PensionistInnen ist armutsgefährdet .....	8
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko .....	8
Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet .....	9
Pflegebedarf erhöht das Armutsrisiko.....	10
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	11
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung .....	12
Strategien gegen die Armut von Frauen .....	13
Quellen.....	15

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 in Wien gegründet wurde. Die Gesellschaft analysiert politische und gesellschaftliche Entwicklungen und Trends. Sie erarbeitet politisches Grundlagenwissen. Sie leistet damit fundierte Beiträge für den öffentlichen politischen Dialog. Die ÖGPP arbeitet auf Grundlage von Spenden und Förderungen. Informationen und alle Arbeiten auf: [www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at).

**Dr. Andreas Höferl** ist Generalsekretär und wissenschaftlicher Leiter der ÖGPP.

“Armut ist weiblich“ heißt es. Es stimmt. Eine klare Mehrheit - nämlich 57 % - der armutsgefährdeten und armen Menschen in Österreich sind Frauen bzw. Mädchen. Insgesamt waren zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (EU-SILC 2004) in Österreich 1.029.000 Menschen (oder 13 % der Bevölkerung) armutsgefährdet und arm.<sup>1</sup> Davon waren 57 % bzw. **586.000 Frauen** bzw. Mädchen. Das bedeutet: **14,2% aller Frauen und Mädchen in Österreich sind armutsgefährdet oder arm**, aber „nur“ 11,3 % der Männer und Burschen.

Zudem **steigt die Armutgefährdung der Frauen** und Mädchen: Der Sozialbericht 2003/2004 wies noch 571.000 armutsgefährdete und arme Frauen in Österreich aus. Das heißt, dass innerhalb von nur einem Jahr 15.000 Frauen und Mädchen zusätzlich armutsgefährdet wurden.

516.000 Frauen in Österreich lebten 2004 als Hausfrauen und damit ohne eigenständiges Einkommen.<sup>2</sup> 423.000 armutsgefährdete Menschen lebten in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin.<sup>3</sup> Diese Haushalte haben ein deutlich höheres Armutrisiko (25 %) als Haushalte mit einem Mann als Hauptverdiener (15 %). 102.000 - jede fünfte alleinstehende Pensionistin ist armutsgefährdet. Armut von Frauen ist ein Faktum. Und sie nimmt zu. Obwohl Österreich so reich ist wie nie zuvor.

### **Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“**

Wie es um Armut und Armutgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der alle zwei Jahre erscheinende „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.<sup>4</sup> Dieser wiederum stützt sich auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.<sup>5</sup>

**Armutgefährdung** wird in erster Linie über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60 % des Medianeninkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutgefährdet waren demnach zuletzt (2003 und 2004) in Österreich Menschen, die folgende Einkommen nicht erreichten:

#### **Armutgefährdungsschwellen nach Haushaltssammensetzung 2003 und 2004<sup>6</sup>**

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro		Monatswert netto in Euro		Jahreswert durch 14
	2003	2004	2003	2004	
Einpersonenhaushalt	9.425	10.182	785	848	727
1 Erwachsener und 1 Kind	12.252	13.236	1.021	1.103	945
2 Erwachsene	14.137	15.273	1.178	1.273	1.091
2 Erwachsene und 1 Kind	16.965	18.327	1.414	1.527	1.309
2 Erwachsene und 2 Kinder	19.792	21.382	1.649	1.782	1.527
2 Erwachsene und 3 Kinder	22.260	24.436	1.885	2.036	1.745

Die **Zahl der armutsgefährdeten Menschen stieg** in Österreich – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11 % im Jahr 1999 auf 12 % im Jahr 2001 und auf 13,2 % im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte laut EU-SILC mit 13 % bzw. 1.030 Mio. Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“.<sup>7</sup> Die Zahl armutsgefährdeter Menschen stieg damit gegenüber 1999 um rund 160.000 Menschen bzw. 30.000 Menschen pro Jahr.

<sup>1</sup> Statistik Austria: „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC 2004)“, Wien 2006, S.127

<sup>2</sup> EU-SILC 2004, S.135

<sup>3</sup> EU-SILC 2004, S. 127

<sup>4</sup> der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

<sup>5</sup> zuletzt erschienen: Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

<sup>6</sup> ebenda, S.31

<sup>7</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.13

Der Sozialbericht 2003/2004 räumt vorsichtig ein, dass „steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich“ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit erfolgt.<sup>8</sup>

Mit der Armutgefährdungsquote von etwa 13 % liegt Österreich im europäischen Mittelfeld. Am geringsten ist die Armutgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Skandinavien, Deutschland und den Niederlanden (mit Quoten unter und um 10 %). Am höchsten sind die Armutgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland (mit 15 bis 20 %).

Mit der einkommensorientierten Sichtweise wird nur ein Teil der Armutgefährdung erfasst. Vor allem Ausgaben, also finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (etwa durch Wohnen oder Kinder) werden dabei nicht berücksichtigt, was immer wieder auch als Schwäche der rein einkommensbezogenen Definition von Armutgefährdung kritisiert wird. Auch Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten mitunter Benachteiligungen und Probleme: Bereits 2,032 Mio. Menschen (ein Viertel der Bevölkerung) leben in Österreich in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. 1,633 Mio. (ein Fünftel der Bevölkerung) leben in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. 749.000 können es sich nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 675.000 können sich keine neuen Kleider kaufen. 165.000 können aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten.<sup>9</sup>

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von **Armut** gesprochen. Von **akuter Armut** wird gesprochen, wenn auch keine angemessene Wohnung (etwa ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, wenn Einschränkungen bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 467.000 (der mehr als 1 Mio. armutgefährdeter) Menschen in Österreich zeigte sich laut Sozialbericht 2003/2004 eine „verfestigte Armutslage“, sprich dauerhafte Armut, aus der es kaum ein Herauskommen gibt.

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC)“ der Statistik Austria gibt erstmals bundesländerweise Armutgefährdungsquoten an. Danach **waren 2004 in Kärnten 13,1 % der Bevölkerung oder 73.000 Menschen armutgefährdet**, wobei ausdrücklich auf die hohe statistische Schwankungsbreite (zwischen 8,4 und 17,8 %) hingewiesen wird.<sup>10</sup> Damit war die **Armutgefährdungsquote in Kärnten die vierthöchste aller Bundesländer**. In Städten mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen (wie Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Spittal, Feldkirchen, St. Veit, Völkermarkt und St. Andrä) ist sie mit durchschnittlich 14 % noch höher.

Überdurchschnittlich hoch ist Armutgefährdung generell unter MigrantInnen (28 %), alleinstehenden Frauen (24-25 %), Alleinerziehenden (24 %), Familien mit 3 und mehr Kindern (23 %), bei Arbeitslosigkeit bzw. keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit sowie im Alter.

### **Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armut und Armutgefährdung**

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. Bei Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit ist die Armutgefährdungsquote in Österreich mit 5 % deutlich niedriger als im Durchschnitt. In Haushalten, wo hingegen nicht alle erwerbsfähigen Personen einer Erwerbsarbeit nachgehen (etwa weil Frauen Haushalts- und Kindererziehungsarbeit leisten), steigt die Armutgefährdungsquote deutlich auf 16 %, in Haushalten

<sup>8</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

<sup>9</sup> EU-SILC 2004, S. 110

<sup>10</sup> EU-SILC 2004, S. 29

ohne Erwerbstätigkeit sogar auf 25 %. Etwa 50.000 Kärntner Frauen im erwerbsfähigen Alter führen den Haushalt, aber nur 500 Männer.<sup>11</sup> Die **Frauenerwerbsquote** liegt in Kärnten mit 61,2 % (2004) nicht nur **deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt** (69,2 %). Sie **ist gegenüber 2001** (62,1 %) **sogar gesunken**, während sie in Österreich (von 67,7 % im Jahr 2001) gestiegen ist. Die Armutgefährdungsquote steigt auch in Haushalten, wo eine oder mehrere Personen arbeitslos sind. 36 % aller Haushalte in Österreich, in denen ein Langzeitarbeitloser lebt, sind armutgefährdet.

Auch unregelmäßige, nicht ganzjährige Beschäftigung, von der in besonderem Maße Frauen betroffen sind, erhöht die Armutgefährdung stark. „*Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben*“, stellt der Sozialbericht 2003/2004 fest.<sup>12</sup>

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmet dem Thema „Armutgefährdung trotz Arbeit“ bereits ein ganzes Kapitel.<sup>13</sup> Und stellt u.a. fest: „*Teilzeiterwerbstätigkeit ist eine fast ausschließlich weibliche Arbeitsform – der Anteil der Männer an den Teilzeitbeschäftigten im Alter von 20 bis 64 Jahren beträgt nur 12% bzw. 4% der erwerbstätigen Männer im Erwerbsalter sind teilzeitbeschäftigt.*“ Und: „*Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).*“<sup>14</sup>

Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unterer Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen zu finden. Von den 588.000 in Österreich prekär Beschäftigten sind 331.000 (56 %) Frauen. Die Armutgefährdung unter prekär Beschäftigten beträgt durchschnittlich 18 %, wobei die Haushaltssammensetzung entscheidend ist, also ob es einen oder mehrere VerdinerInnen bzw. Kinder gibt. Ist nur eine Person erwerbstätig, so erhöht sich die Armutgefährdung bei Teilzeitarbeit auf 23 %.

#### Nettoeinkommen von Kärntner ArbeitnehmerInnen in Euro im Jahr 2004<sup>15</sup>

	Zahl		Nettojahres- einkommen		: 14	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004
<b>Männer:</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	83.316	82.437	24.013	24.772	1.715	1.769
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	2.846	4.214	16.674	13.920	1.191	994
Nicht ganzjährig beschäftigt	41.628	40.624	8.809	9.041		
<b>Frauen:</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	50.136	45.124	17.441	18.950	1.246	1.354
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	21.778	27.847	11.291	10.570	<b>806</b>	<b>755</b>
Nicht ganzjährig beschäftigt	33.296	32.759	4.717	5.034		
<b>gesamt:</b>	<b>233.000</b>	<b>232.996</b>				

<sup>11</sup> vgl. ST.AT.: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Kärnten

<sup>12</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

<sup>13</sup> EU-SILC 2004, S. 45-51

<sup>14</sup> EU-SILC 2004, S. 46 und 48

<sup>15</sup> vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2003 und 2004

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in Kärnten wieder: Die **Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nimmt deutlich ab** (minus 5.900 allein im Jahr 2004 gegenüber 2003), die **Zahl der Teilzeitbeschäftigten dagegen nimmt deutlich zu** (plus 7.400 allein im Jahr 2004 gegenüber 2003). Dieser Strukturwandel ist für die Betroffenen mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienten in Kärnten 2004 nur etwa 56 % eines Vollzeitbeschäftigten. Zudem **sank das durchschnittliche Einkommen von Teilzeitbeschäftigten** in Kärnten deutlich (minus 17 % bei Männern, minus 7 % bei Frauen). **Das durchschnittliche Jahreseinkommen der knapp 28.000 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Kärntner Frauen lag 2004 bereits im Bereich der Armutgefährdung.** Sie zählen zu jener Gruppe der „*working poor*“, die arbeiten, aber davon kaum oder nicht selbständig leben können.

Die Zahl nicht ganzjährig beschäftigter Kärntner ArbeitnehmerInnen war zuletzt (2004) mit etwas mehr als 73.000 sehr hoch. Ihre Erwerbseinkommen lagen bereits deutlich im Bereich der Armutgefährdung. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil die meisten jedoch Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgrenze. Zumindest das Arbeitslosengeld bewahrt nicht ganzjährig beschäftigte Männer vor Armut, Frauen dagegen in viel geringerem Maße.

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist nicht nur, dass erwerbstätige Frauen wesentlich öfter nur geringfügig oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2005 waren in Kärnten fast 74 % aller geringfügig Beschäftigten Frauen (11.045 von 15.024). Die Zahl geringfügig bzw. teilzeitbeschäftiger Frauen hat sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt.

Ein wesentlicher Grund für die Einkommensdifferenzen von Frauen und Männern sind auch die unterschiedlichen beruflichen Positionen. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Der Frauenanteil beträgt bei den Hilfskräften in Österreich 62 %, bei den FacharbeiterInnen dagegen nur 14 %, bei den Angestellten mit höherer Tätigkeit nur 38 %, bei Angestellten und öffentlich Bedienten mit hochqualifizierter Tätigkeit gar nur 24 %.<sup>16</sup> Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.<sup>17</sup>

**Obwohl 55 % der Kärntner ArbeitnehmerInnen Männer und 45 % Frauen waren, erhielten im Jahr 2004 die Männer zwei Drittel (66,6 %) sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur ein Drittel (33,4 %).** Dies entspricht dem österreichischen Durchschnitt. 80 % der Kärntner Arbeitnehmerinnen (etwa 85.000 Frauen) verdienten damit zusammen etwa so viel die 10 % bestverdienenden Kärntner Arbeitnehmer (etwa 13.000 Männer).<sup>18</sup>

### **Auch Selbständige sind vor Armut nicht geschützt**

Über 28.000 Menschen sind in Kärnten selbständig erwerbstätig (ohne unselbständige Beschäftigung nebenbei) oder im Betrieb mithelfende Familienangehörige, knapp 10.000 davon sind Frauen. Dementsprechend entfielen zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Einkommenssteuerstatistik 2002) in Kärnten 77 % aller Einkünfte aus selbständiger Erwerbstätigkeit auf Männer und nur 23 % auf Frauen.<sup>19</sup>

**Mehr als 10.000 Kärntner Selbständige** – etwa ein Drittel der Selbständigen - **wiesen im Jahr 2002 ein Einkommen von weniger als 10.000 Euro aus**, also an bzw. unter der Ar-

<sup>16</sup> ST.AT.: Mikrozensus 2000; Bericht über die soziale Lage 2001/2002, S.170

<sup>17</sup> vgl. dazu: ÖGPP: Armut- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien 2004, S. 11

<sup>18</sup> vgl. dazu ST.AT.: Lohnsteuerstatistik 2004

<sup>19</sup> vgl. ST.AT.: Einkommensteuerstatistik 2002

mutsgrenze. Es waren dies überwiegend kleine Gewerbebetriebe sowie Land- und Forstwirtschaften. In dieser Zahl sind – wie erwähnt - nicht unselbstständig Erwerbstätige enthalten, die nebenbei noch Einkünfte aus selbständiger Arbeit haben.

### **Bildung verringert das Armutsrisiko**

Die Bildung spielt eine große Rolle dabei, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut.

Noch haben 40,6 % der Kärntner Frauen (etwa 99.000) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 23 % (51.000) der Kärntner Männer. 59,4 % der Kärntner Frauen haben einen höheren Bildungsabschluss, aber 77 % der Kärntner Männer. Im Bereich der höheren Bildung haben die Kärntner Frauen allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 12,9 % der Kärntner Frauen Matura oder Hochschulabschluss (16 % der Männer), so waren es 2001 bereits 17,4 % der Frauen (18,3 % der Männer).<sup>20</sup>

Für die Zukunft und die Berufschancen der Frauen in Kärnten lässt hoffen, dass in Kärnten der Anteil von Mädchen und jungen Frauen in mittleren und hohen Schulen über dem österreichischen Durchschnitt liegt. In Schuljahr 2002/03 gingen in Kärnten 45,9 % aller 87.300 SchülerInnen in eine mittlere oder höhere Schule.<sup>21</sup> Das war etwas mehr als der österreichische Durchschnitt (44,6 %). Und der Anteil der Mädchen bzw. jungen Frauen unter den SchülerInnen lag mit 50,6 % leicht über dem österreichischen Durchschnitt (50,4 %).

### **Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut**

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko.

Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld als auch die durchschnittliche Notstandshilfe lag zuletzt (2004) in Kärnten unter der Armutsgrenze.<sup>22</sup>

#### Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2004<sup>23</sup>

	Durchschnittliches Arbeitslosengeld	= monatlich	Durchschnittliche Notstandshilfe	= monatlich
Männer	25,83	774,90 – 800,73	20,82	624,60 – 645,42
Frauen	20,23	606,90 – 627,13	15,52	465,60 – 481,12

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Kärntner Arbeitnehmer war um etwa 28 % höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war sogar um 34 % höher als jene der Frauen.

Und während das Arbeitslosengeld der Männer mit 25,83 Euro pro Tag über dem österreichischen Durchschnitt von 25,66 Euro lag, lag jenes der Frauen mit 20,23 Euro unter österreichischen Durchschnitt von 20,59 Euro. Ebenso ist es bei der Notstandshilfe: die durchschnittliche Notstandshilfe von Männern lag in Kärnten mit 20,82 Euro über dem österreichischen Durchschnitt von 20,42 Euro, die durchschnittliche Notstandshilfe von Frauen mit 15,52 Euro lag dagegen unter im österreichischen Durchschnitt von 16,03 Euro.

Im Jahresdurchschnitt 2005 waren in Kärnten (einschließlich der Arbeitslosen in Schulungen des AMS) 10.793 Männer und 9.302 Frauen arbeitslos. Das waren um 924 mehr als 2004. Es ist davon auszugehen, dass ein Drittel von Ihnen, **etwa 6.400, durch die Arbeitslosigkeit armutsgefährdet** wurden.

<sup>20</sup> vgl. ST.AT.: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Kärnten

<sup>21</sup> vgl. ST.AT.: Statistisches Jahrbuch 2005, Kap. 4.09

<sup>22</sup> AMS

<sup>23</sup> AMS

## **Ein Fünftel der Kärntner Pensionistinnen ist armutsgefährdet**

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung auch in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Kärntner Arbeitnehmers im Jahr 2004 jährlich 16.477 Euro netto (Österreich: 17.446) betrug, betrug die durchschnittliche Pension einer Kärntner Arbeitnehmerin im Jahr 2004 nur 11.080 Euro netto (Ö: 11.822).<sup>24</sup>

Kärntner Arbeitnehmer hatten durchschnittlich eine um 49 % höhere Pension als Kärntner Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 11.408 Euro, waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 5.056 Euro, womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung sowohl im Erwerbsleben wie auch in der Pension für Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit Armutgefährdung bedeuten. Ein Drittel (knapp 22.000) der 65.000 Kärntner Pensionistinnen hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.<sup>25</sup> Dagegen haben praktisch alle Männer eine Eigenpension.

18,4 % aller Kärntner PensionistInnen – also fast jede/r 5. Pensionist/in – hatten im Dezember 2005 eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 241 Euro pro Monat) bekamen. Das ist der höchste Wert aller Bundesländer.<sup>26</sup> Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulagen liegt dennoch unter der Armutsgrenze – bei Einzelpersonen etwa um 30 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 45 Euro monatlich. Im Dezember 2005 waren **sämtliche 22.907 AusgleichszulagenbezieherInnen in Kärnten armutsgefährdet.** 70 % der AusgleichszulagenbezieherInnen waren Frauen. Das waren **in Kärnten über 16.000 Frauen.**

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich (und auch in Kärnten) **alleinstehende Frauen.** 24 % aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet und sogar 25 % aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter. Haushalte von Alleinerzieherinnen (etwa 120.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (etwa 220.000 in Österreich) sowie Pensionistinnen (knapp 400.000 in Österreich) stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich.<sup>27</sup> 63.000 aller erwachsenen Kärntner Frauen sind unverheiratet, weitere 55.000 geschieden oder verwitwet. Etwa 55.000 Kärntner Frauen leben allein.

## **Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisko**

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisko. Haushalte mit Kindern haben in Österreich ein durchschnittliches, Haushalte mit kleinen Kindern haben dagegen ein überdurchschnittliches Armutsrisko (17 %), wobei bis zum 7. Lebensjahr des jüngsten Kindes die Armutgefährdung konstant hoch bleibt. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsriskos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „*das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung*“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.<sup>28</sup> 57 % der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.

In Kärnten gab es zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2001 mehr als 27.000 Kinder im Vorschulalter, aber nur etwa 12.000 von ihnen besuchten eine Krippe oder ein Kindertagesheim.<sup>29</sup> Das heißt, dass mehr als die Hälfte (ca. 56 % bzw. 15.000) der Kärntner Kleinkinder zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte usw.) betreut

<sup>24</sup> Lohnsteuerstatistik 2004

<sup>25</sup> vgl. ST.AT: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Kärnten

<sup>26</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger

<sup>27</sup> EU-SILC 2003, S. 17

<sup>28</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

<sup>29</sup> vgl. ST.AT: Volkszählung 2001 und Kindertagesheimstatistik 2004/05

wurden, wodurch entweder die Erwerbsmöglichkeiten vor allem der Frauen eingeschränkt werden bzw. anderweitige Betreuungskosten entstehen.

„89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77 % gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellt der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.<sup>30</sup> Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“<sup>31</sup>

Der Sozialbericht kommt daher zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“<sup>32</sup>

Jede vierte Kärntner Familie ist ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (27.500 der 107.000 Kärntner Familien mit Kindern). In diesen Haushalten lebten zuletzt (2001) etwa 37.500 Kinder, 15.900 (42 %) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigem Alter.

88 % bzw. knapp 24.000 der alleinerziehenden Elternteile in Kärnten waren bzw. sind Frauen mit zusammen 32.800 Kindern. Der Anteil alleinerziehender Mütter in Kärnten ist der zweithöchste in Österreich nach Wien. „Ein Grund dafür dürfte die traditionell hohe Zahl von „unehelichen“ Geburten in Kärnten darstellen, während in Wien auch eine höhere Zahl von Scheidungen die Familienformen beeinflusst“, meint die Statistik Austria dazu.

Die Armutgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2004) mit 24 % überdurchschnittlich hoch. Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2004) **in Kärnten etwa 6.600 alleinerziehende Haushalte mit zusammen 15.600 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet waren, davon etwa 5.800 Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 13.700 Frauen und Kindern).**

Mit 23 % überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutgefährdungsquote von Familien mit drei und mehr Kindern. Solche gab es in Kärnten zuletzt (2001) fast 13.700 mit zusammen fast 45.000 Kindern, von denen etwa 17.500 unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Über 70.000 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern. Geht man von der durchschnittlichen Armutgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte) **in Kärnten etwa 14.700 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben** und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

### **Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet**

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Arbeit bekommen. Zudem teilt in vielen dieser Haushalte aus kulturellen Gründen das Rollenbild der Frau die Hausarbeit und Kindererziehung zu. „Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“<sup>33</sup>

In Kärnten lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2001 etwa 32.000 Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (MigrantInnen), das waren knapp 6 % der Bevölkerung. Weitere 13.000 jedoch sind ebenfalls im Ausland geboren, mittlerweile aber eingebürgert. Wenn man die Armutgefährdungsquote unter Eingebürgerten (23 %) und MigrantInnen (28 %) in Österreich heranzieht und davon ausgeht, dass diese in Kärnten nicht wesentlich an-

<sup>30</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

<sup>31</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

<sup>32</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

<sup>33</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

ders ist, so kann angenommen werden, **dass in Kärnten etwa 12.000 Eingebürgerte und MigrantInnen armutsgefährdet sind.**

### **Pflegebedarf erhöht das Armutsrisiko**

Haushalte mit pflegebedürftigen oder behinderten Personen haben ein durchschnittliches Armutsrisiko, wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen. Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich allerdings sprunghaft (auf 20 %), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine behinderte Person lebt, die keinen Leistungsbezug hat.

Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung dadurch besonders deutlich.

In ländlichen Regionen ist die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft gering. Man spricht von sog. „verschämter Armut“.

Beim Pflegegeld jedoch lag die Inanspruchnahme in Kärnten zuletzt (2003) mit 5,2 % der Bevölkerung deutlich über Bundesdurchschnitt (3,7 %). 2003 bezogen über 28.800 Menschen in Kärnten das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben). Es gibt allerdings auch in Kärnten eine Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen ab 75 Jahren ist etwa doppelt so hoch als die Zahl jener, die tatsächlich Pflegegeld bezieht.

Fast 5.200 Menschen bezogen in Kärnten zuletzt (2003) ein Pflegegeld des Landes, das Personen zusteht, die keinen Pensionsanspruch haben. Das sind in der Regel behinderte Personen. Auch hier lag die Inanspruchnahme deutlich über dem Bundesschnitt.

Auch steuerliche Maßnahmen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe.

Pflegebedürftige Menschen können mit dem Pflegegeld an soziale Dienste Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen zu bezahlen.

Armutgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht meist dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen In Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Zentren erbracht, sondern innerhalb der Familien und hier überwiegend von Frauen. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90 % der Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige erfolgten, in nur 15 bis 20 % durch Soziale Dienste. Selbst Betreuungsmaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurfbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.<sup>34</sup> „*Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.*“

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen (66 %) und 144.000 Männer (34 %), die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.<sup>35</sup> Umgelegt auf **Kärnten** hieße das, dass **mehr als 32.000 Personen durch Angehörige gepflegt und betreut** wurden bzw. werden.

---

<sup>34</sup> Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

<sup>35</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 44

Als private PflegehelferInnen fungieren vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Ein Drittel der pflegenden Frauen – sie wenden im Durchschnitt 11,4 Stunden pro Woche für die Pflege auf - ist durch Berufstätigkeit einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Jede/r zweite Pflegeperson empfindet eine psychische Belastung, jede/r dritte auch eine körperliche.

Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitet nur Teilzeit, verzichtet für diese Pflege auf Erwerbseinkommen. Zwar wird seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Dennoch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft das Pflegegeld.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Österreichische Raumordnungskonferenz geht davon aus, dass sich die Zahl von Menschen über 65 Jahren in Kärnten von derzeit (2006) rund 100.000 auf 150.000 im Jahr 2031 erhöhen wird bei gleichzeitiger Abnahme der Gesamtbevölkerung in Kärnten um 28.000. Die Zahl der über 85jährigen wird sich von derzeit rund 10.700 auf 21.600 mehr als verdoppeln.<sup>36</sup> Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Pflegediensten und –einrichtungen, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder die Pflege Angehöriger erringen müssen.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen, ermöglichen dadurch beispielsweise Frauen eine volle Erwerbstätigkeit. Insgesamt wandte das Land Kärnten im Jahr 2005 für die Pflege in Heimen bzw. Anstalten 79,4 Mio. Euro auf. Für soziale Dienste wurden 15,1 Mio. bereitgestellt, für die Behindertenhilfe 40,6 Mio. Euro, für das Landespflegegeld 23,8 Mio. Euro.

## **Anstieg der Haushaltsausgaben**

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Armutgefährdung sind in den letzten Jahren neben eher stagnierenden Einkommen die wachsenden Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000, 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „*dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“<sup>37</sup> Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis zum ersten Halbjahr 2005 mit 10,3 Prozent aus. Die Wohnkosten sind im gleichen Zeitraum überdurchschnittlich stark um 14,6 Prozent, die Betriebskosten um 13,6 Prozent und Kosten für die Gesundheit um 14,3 Prozent gestiegen. Allein die Großhandelspreise von Heizöl wurden in dieser Zeit um 20,9 Prozent teurer, von Koks und Kohle um 41,4 Prozent, von Obst, Gemüse und Kartoffeln um 40,7 Prozent.<sup>38</sup> Diese Verteuerungen treffen armutgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „*Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional.*“<sup>39</sup>

Die Konsumentenbefragung 2004/05 wies den Anstieg der durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben in Kärnten gegenüber 1999/2000 mit 182 Euro monatlich oder 8 Prozent aus.

<sup>36</sup> Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004, S. 116 ff.

<sup>37</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

<sup>38</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 10.03 und 10.04

<sup>39</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

<sup>40</sup> Die Zunahme war hauptsächlich bedingt durch einen starken Anstieg der Verkehrskosten (plus 24 % bzw. 77 Euro), die mit durchschnittlich 16,8 % den zweithöchsten Anteil an den Haushaltsausgaben nach dem Wohnen (mit 22,2 %) ausmachen. Überdurchschnittlich gestiegen sind auch die Ausgaben für Ernährung, Gesundheit und Versicherungen.

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05 <sup>41</sup>

Ausgabengruppe	in %	Haushalte	Äquivalenz- ausgaben <sup>42</sup>
		in Euro	
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>2.400</b>	<b>1.520</b>
Ernährung	13,9	334	211
Alkohol, Tabak	2,5	60	38
Bekleidung, Schuhe	6,0	144	91
Wohnen, Energie	22,2	533	337
Wohnungsausstattung	6,8	163	103
Gesundheit	3,1	74	47
Verkehr	16,8	403	255
Kommunikation	2,6	62	40
Freizeit, Hobby, Sport	10,4	250	158
Bildung	1,0	24	15
Cafe, Restaurant, Hotel	4,3	103	65
Sonstiges	10,4	250	158

**Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung**

**Für ein gutes Viertel aller KärntnerInnen (150.000 Personen) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.** Ohne Sozialleistungen wären 153.000 KärntnerInnen armutsgefährdet, ohne Pensionen sogar 245.000. <sup>43</sup> In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich durchschnittlich 60 % des Gesamteinkommens aus. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um Armutgefährdung zu verringern. <sup>44</sup>

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

**Schon derzeit reichen die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich offensichtlich nicht aus, um Armutgefährdung und vor allem um Armut in zu verhindern.** Öffentliche Sparmaßnahmen in diesen Bereichen, aber auch Einnahmenkürzungen bei

<sup>40</sup> vgl. Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05

<sup>41</sup> laut Konsumerhebung 2004/05; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

<sup>42</sup> Äquivalenzausgaben sollen eine exaktere Berechnung der Ausgaben für verschiedene Haushalte/Familiengrößen ermöglichen, sie gelten für eine erwachsene Person und sind bei Mehrpersonenhaushalten nach folgendem Schema anzuwenden: 1 erwachsene Person = 1,00; jede weitere erwachsene Person = 0,70; Kind 0-3 Jahre = 0,33; Kind 4-6 Jahre = 0,38; Kind 7-10 Jahre = 0,55; Kind 11-15 Jahre = 0,65; Kind 16-18 Jahre = 0,70; Kind 19-21 Jahre = 0,80; Kind 22-26 Jahre = 0,70.

<sup>43</sup> EU-SILC 2004, S. 127

<sup>44</sup> vgl. dazu EU-SILC 2004, S. 104 und Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken öffentliche Abgabenerhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken.

- Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahren hat in Österreich dazu geführt, dass im Jahresschnitt 2005 in Österreich um 100.000 Menschen mehr arbeitslos waren als im Jahr 2000 (die Zunahme der Arbeitslosen in Kärnten betrug etwa 3.200) und die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse deutlich zugenommen hat. Das Arbeitslosengeld zu kürzen, war angesichts der erhöhten Armutgefährdung arbeitsloser Menschen der falsche Weg, um Armut zu bekämpfen.
- Auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich während der letzten Jahre hat dazu geführt, dass die Armutgefährdung vergrößert wurde, zumal den Ländern und Gemeinden nicht die Ressourcen für eine erfolgreiche Integration gegeben wurden (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich). Die Armutgefährdungsquote unter MigrantInnen ist daher (mit rund 28 %) überdurchschnittlich hoch. Auch die Zahl der SaisonarbeiterInnen wurde stark erhöht und trägt zur gestiegenen Arbeitslosigkeit und dadurch erhöhten Armutgefährdung wesentlich bei, weil die Nachfrage nach inländischen Arbeitskräften schwächer wurde.
- Durch die Senkung der sogenannten „Lohnnebenkosten“, also der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, haben die Sozialversicherungen Finanzprobleme bekommen. Hauptbetroffen von den Leistungskürzungen der Sozialversicherungen (der Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungen) sind arbeitslose, kranke und ältere Menschen, also Personengruppen, die eine überdurchschnittliche Armutgefährdung aufweisen. Auch die Entscheidung der Bundesregierung, künftige Pensionen zu kürzen, wird die Armutgefährdung in Österreich weiter vergrößern. Bereits in den vergangenen Jahren haben die Pensionsanpassungen unter der allgemeinen Preissteigerungsrate die Armutgefährdung von PensionistInnen in Österreich vergrößert.
- Die Abschaffung der „Kindergarten-Milliarden“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten ab dem Jahr 2000 war nicht sinnvoll angesichts der überdurchschnittlichen Armutgefährdungsquote von alleinerziehenden (24 %) und Haushalten mit drei und mehr Kindern (23 %).
- Die Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder einzufrieren ist angesichts der oft schlechteren Wohnsituation armutsgefährdeter und armer Menschen ebenfalls ein falscher Weg.

### **Strategien gegen die Armut von Frauen**

Strategien zur Verringerung von Armutgefährdung und Armut generell haben vorrangig bei jenen Gruppen anzusetzen, bei denen die höchste Armutgefährdung und Armut besteht. Das sind vor allem Personen in prekären Arbeitsverhältnissen („working poor“), Langzeitarbeitslose, Haushalte von ganz oder teilweise erwerbsunfähigen Behinderten, MigrantInnenhaushalte, AlleinerzieherInnen und Familien mit mehr als 3 Kindern, erwerbslose geschiedene Frauen, AlleinverdienerInnen in den unteren Lohngruppen in Haushalten mit Kindern, stark überschuldete Personen, soziale Randgruppen (z.B. Haftentlassene, Wohnungslose, Drogen- und Alkoholkranke, illegal aufhältige Personen) und eben auch ältere Menschen. Vor allem Kinderrecht und der Umstand, Frau zu sein, wirken oftmals noch armutsverstärkend.

Und es müssen zweitens Maßnahmen sein, die sowohl auf die Verbesserung von Einkommen, die Reduzierung von Belastungen und den Ausbau gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten zielen. Es sind Maßnahmen, die einerseits von den Ländern und Gemeinden selbst, überwiegend aber durch den Bund gesetzt werden müssten. Und schließlich soll bei allen

Maßnahmen beachtet werden, dass Armut verhindert wird und nachhaltige Wege aus der Armut gegangen werden, dass keine neuen Abhängigkeiten entstehen und dass sie zielgenau sind.

Vorrangig wären:

1. Qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, um die Erwerbsbeteiligung insbesondere der Frauen in Kärnten zu erhöhen, um bessere Einkommensmöglichkeiten zu schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit zu senken.
2. Mindestsichernde Leistungen sollen bei aktueller Erwerbsunfähigkeit Einkommensbrüche überbrücken helfen und Armutsdynamiken hintanhalten.
3. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung (Schaffung einer Mindestarbeitslosenunterstützung – im Rahmen einer bedarfsorientierten Mindestsicherung), um die Armutgefährdung von Arbeitslosen zu verringern.
4. Eingliederung der Notstandshilfe in ein System einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.
5. Unterstützende Maßnahmen der Politik, um Reallohnsteigerungen der ArbeitnehmerInnen zu erzielen.
6. In die Bildung investieren, um möglichst vielen Menschen zumindest einen Pflichtschulabschluss, besser aber noch einen Lehrabschluss oder Abschluss einer mittleren und höheren Schule zu ermöglichen.
7. Verbesserung aller Maßnahmen des „1. Netzes“ (Sozialleistungen und Sozialversicherung), um das „2. Netz“ – die Sozialhilfe – obsolet zu machen.
8. Etablierung einer einheitlichen bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich zur Abdeckung des Grundbedarfs, des Sonderbedarfs und der Wohnkosten. Sie soll die derzeitigen existenzsichernden Leistungen des Bundes, der Sozial- und Behindertenhilfe der Länder und die Subjektförderungen im Wohnbereich ersetzen. Die Richtsätze für die Inanspruchnahme müssten über den gegenwärtigen Sozialhilferichtsätzen liegen.
9. Soziale Wiedereingliederung von SozialhilfebezieherInnen durch therapeutische, sozialarbeiterische, Wohnungs-, Schulungs- und Arbeitsangebote und andere aktivierende Hilfen.
10. Erhöhung der sozialen Treffsicherheit (stärkere Orientierung an Einkommen und Kinderzahl, stärkere Berücksichtigung des AlleinerzieherInnen-Status) der monetären Familienleistungen (Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Kinderbetreuungsgeld).
11. Ausbau ganztägiger Kinderbetreuungsformen für alle Altersgruppen.
12. Einkommensschwache Personen sollten einen gesetzlichen Anspruch auf Anschließung an das Telefonnetz haben.
13. Die Entstehung von Überschuldung erschweren, etwa dadurch, dass kommerzielle Gläubiger keine Lohnpfändungsmöglichkeiten mehr haben, wie das in einigen EU-Staaten bereits der Fall ist, und dadurch ihr Risiko besser abschätzen und absichern.
14. Mehr Aufmerksamkeit auf die Armutsbekämpfung unter MigrantInnen.
15. Erfassung jener Preissteigerungen, die für ältere Menschen von Bedeutung sind („Pensionistenindex“).
16. Anpassung der Pensionen an diesen Index.
17. Entlastungsmaßnahmen für ältere Menschen insbesondere bei den Energie- und Gesundheitskosten.
18. Erhöhung der sozialen Treffsicherheit (stärkere Einkommensorientierung) des Pflegegeldes.

## Quellen

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung: Armuts- und Reichstumsbericht für Österreich, Wien 2004

Österr. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004

Sozialministerium: Bericht über die soziale Lage 2001/2002, Wien 2003

Sozialministerium: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, Wien 2005

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich, Wien 2005

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus EU-SILC 2004 in Österreich, Wien 2006

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2004/05, Wien 2005

Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05

Statistik Austria: Mikrozensus 2000

Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2002, Wien 2005

Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2003, Wien 2005

Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2004, Wien 2006

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2005, Wien 2005

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Wien 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Kärnten, Wien 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, Wien 2003

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,  
im Besonderen auch der Bank Austria Creditanstalt sowie der Wiener Städtischen Versicherung

**Bank Austria  
Creditanstalt**

**WIENER  
STÄDTISCHE**  
Member of Vienna Insurance Group